

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 8. 33. Jahrg.

20. Februar 1920.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N24, Elsaßerstr. 86-88, 111. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norder. 4268.
Verlag: Joh. Hass, Berlin N 24. Dr. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheunitz-Leipzig, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die deutschen Arbeiter an August Bebel zu seinem 80. Geburtstag, Gedicht. Achtstundentag und Arbeiterklasse. Rundschau. — **Allgemeines:** Ein verfehltes Urteil. Ortsberichte: Göppingen, Leipzig, München. — **Der Steindrucker:** Umdrucker aufgepaßt! — **Die photomech. Fächer:** Die Lohnverhältnisse im Lichtdruckgewerbe. I. Ortsberichte: Berlin, Chemigraphen. — **Die Tapetenbrände:** Verhandlungen über Teuerungszulagen im Formstechergewerbe. — **Feuilleton:** Opfer des Krieges. — **Anzeigen** — **Kassenbericht über das II. Quartal 1919**

Bekanntmachungen.

Tarifamt für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Briefadresse: z. Hd. des Geschäftsführers Alex. Czech, Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 73, III.

Betrifft I. Verzeichnis der den Tarifvertrag anerkennenden Firmen.

In der Veröffentlichung vom 1. Dezember 1919 sind folgende Firmen zu streichen:

Kreis VI.

Vorort Nürnberg.

Gg. Brunner, Nürnberg.
Carl Mayers Kunstanstalt, Nürnberg.
Meerwald & Toberer, Schwabach.

Kreis VIII.

Vorort Leipzig.

Justus Perthes, Gotha.

Betrifft II. Adressenangabe.

Wegen Zustellung einer Schiedsgerichtsklage bitten wir um Angabe der Adresse des

Umdruckers **Ewald Engstfeld,**

bisher in Duisburg, Niederstr. 12 wohnhaft gewesen, jetzt unbekanntem Aufenthalts an die Geschäftsstelle des Tarifamtes.

Berlin, den 14. Februar 1920.

I. A.: **Alexander Czech,** Geschäftsführer.

Tarifamt für das Deutsche Lichtdruckgewerbe
Berlin SW 68, Markgrafenstraße 73, III.

Tarifausschuß:

Kreis II: Gehilfen-Kreisvertreter, **Georg Benesch,**
Lübeck, Geverdesstraße 50, III.

Kreis V: Gehilfen-Kreisvertreter, **Karl Höke,**
Magdeburg, Rogätzstraße 9.

Berlin, den 14. Februar 1920.

I. A.: **Rich. Köhler,** Geschäftsführer.

Achtstundentag und Arbeiterklasse.

Die Forderung des Achtstundentages ist nicht lediglich eine Frage des Klassenkampfes. Diese Forderung ist nicht erhoben worden, um etwa dem gewerkschaftlichen Kampf ein Ziel zu geben, sie wurde erhoben im Interesse der ganzen Menschheit.

Nun sind ja die Feinde der Arbeiterklasse und insbesondere der Gewerkschaftsbewegung nie müde geworden, die Forderung des Achtstundentages und ihre menschenfreundliche Begründung als einen Kampf mit Schlagworten zu denunzieren, dazu bestimmt, der Gewerkschaftsbewegung den notwendigen Agitationsstoff zu sichern und dazu ansetzen, das Wirtschaftsleben und die Existenz der Arbeiterklasse selbst aufs schwerste zu schädigen. Aber diese Art der Gegenwehr kam und kommt noch heute bei jeder Forderung der Arbeiterklasse zur Anwendung, so daß sie schon aus diesem Grunde als ein durchsichtiges Manöver, als eine Spekulation auf die Urteilslosigkeit breiter Volksschichten erkennbar wird.

Die deutschen Arbeiter an AUGUST BEBEL zu seinem 80. Geburtstag.

Du bist nicht mehr! Du fehlst uns bitter
Mit deiner starken guten Hand,
Da namenloses Ungewitter
Verheerte unser Vaterland!
Dein scharfes Auge, deine Zunge,
Die oftmals bösen Bann zerbrach,
Dein Feuergeist, der ewigjunge, —
Vielleicht zwäng' er den harten Tag!

Ja, du warst unser! Und wir nennen
Dich stolz der Heimat größten Sohn,
Nun da so heiß die Wunden brennen,
Da frei wir sind und doch — in Fron!
Die Brücke, die du kühn geschlagen
Von Volk zu Volk — sie brach entzwei.
Fuhr in den Abgrund auch der Wagen
Der blutbespritzten Tyrannei!

Noch sehen wir dein Auge leuchten
Und deine weiße Mähne wehn,
Wenn den Enterbten und Gebeugten
Du konntest Zukunftssaaten sä'n!
Noch ist's, als klängen deine Worte
Uns hell und scharf ins Ohr voll Macht,
Wenn du uns öffnetest die Pforte
Ins Zukunftsland aus Leidensnacht!

Millionen rissst du die Binde
Vom Auge, daß sie wachten auf.
Du nanntest Sünde offen Sünde
Und nahmst Gefängnis für in Kauf.
Du ließ'st verfolgen dich und hetzen
Und stand'st zu deinem Wort: ein Mann!
Nie opferst du falschen Götzen,
Tat man dich auch in Acht und Bann!

Aus dumpfen, willenlosen Scharen
Schufst du ein Heer: der Arbeit Heer!
Und was wir sind, und was wir waren,
Wir danken's deiner blanken Wehr!
Du warst uns Führer und Berater
Auf steiler Bahn aus Nacht zum Licht —
Du warst uns Allen Freund und Vater,
Was war Dein Leben? Kampf und Pflicht!

Wir wurden frei und tragen Ketten
Nun doch noch: Hunger, Sorge, Not ...
Und müssen doch uns selber retten,
Wie uns das Schicksal auch bedroht!
Wir sind zerschmettert und zerspalten,
Vom Bruderkampf zerfleischt, zerfetzt ...
Und müssen doch zusammenhalten,
Daß man nicht vollends tot uns hetzt!

Deutschland, des Sozialismus Wiege,
Sucht bang nach Rettung aus der Qual ...
Wenn heut dein Geist herniedersteige,
Das wär wie Glanz und Sonnensirahl! ...
Du bist nicht mehr! Doch dein gedenken
Millionen heute still und schlicht.
Du sollst uns neuen Glauben schenken —
Dein Leben lehrt ihn: Kampf und Pflicht!

Der Achtstundentag, wie die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt, ist eine außerordentlich wichtige Voraussetzung der sozialen Gesundung der Arbeiterklasse und damit der ganzen Menschheit. Denn die hemmungslose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft führt unbestritten zum Raubbau, zur Degeneration. Ein wichtiger Grundsatz des sozialen Aufstiegs ist die Erklärung der menschlichen Arbeit zur edelsten sozialen Funktion. Die menschliche Arbeitskraft soll nicht mehr als bloße Ware gewertet werden. Niemand soll sich dieser edelsten sozialen Funktion entziehen dürfen. Das kann umso weniger der Fall sein, je mehr sich die menschliche Gesellschaft von der, egoistischen Interessen dienenden, kapitalistischen Produktionsweise abwendet und je mehr sie zur sozialen Gemeinwirtschaft übergeht. Doch es vollzieht sich diese Entwicklung nicht sprunghaft. Auch die Volkswirtschaft unterliegt den ehernen Gesetzen der Entwicklung. Ebensowenig wie für die Naturwissenschaft hat die Katastrophentheorie Geltung für die Sozialwissenschaft. Es hat keinen Zweck und dient nur der Selbsttäuschung, sich dem Glauben hinzugeben, daß durch unmittelbare Einführung eines erdachten Reformplanes oder Räteystems die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ersetzt und abgelöst werden könne, geschehe nun diese Einführung durch Gesetzgebung oder Diktatur. Die Mittel zur Aufrichtung einer sozialistischen Gemeinwirtschaft müssen aus der kapitalistischen Wirtschafts- und Produktionsordnung selbst herauswachsen. Und wo immer sich Ansätze zeigen, da gilt es fördernd einzugreifen, um nach Möglichkeit die soziale Entwicklung zu beschleunigen. Die Bedingungen der neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sind kürzere Arbeitszeit und vermehrter Arbeiterschutz, Zusammenfassung der produktiven Kräfte, Steigerung der Produktivität und somit Vermehrung des Arbeitsertrages, Selbstverwaltung im Wirtschaftsleben und die mit alledem zusammenhängende Umwandlung der Dinge und des Denkens.

Es gehört somit die Verkürzung der Arbeitszeit zu den Voraussetzungen der neuen Gesellschaftsordnung. Der Arbeiter soll dadurch mehr und mehr in die Lage versetzt werden, nicht nur Arbeiter, sondern auch Mensch zu sein. Doch die Produktion soll trotz fortschreitender Verkürzung der Arbeitszeit ausgiebiger gestaltet werden: dazu dient die niemals ruhende Technisierung der Produktion. Die dem sozialen Fortschritt förderliche Wechselwirkung tritt hier offen zutage, und die in unseren Tagen der schier unerträglichen Nachwehen des folgenschweren Weltkrieges so oft gehörten Mahnrufe arbeiten, arbeiten, arbeiten! können in diesem Sinne und Zusammenhänge nur bedeuten: schafft mehr Werte, steigert den Ertrag der Arbeit! Das braucht aber und darf nicht geschehen auf Kosten der Arbeitszeit. Vielmehr gilt es, den Arbeitsertrag zu erhöhen durch zunehmende Arbeitsteilung innerhalb des Betriebes und innerhalb der Gesellschaft, mit anderen Worten: durch weitgehendste Organisation des Wirtschaftslebens. Damit wird der Übergang von der individuellkapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen Gemeinwirtschaft zu einer Frage der Organisation, wobei es

nicht nur möglich ist, den Achtstundentag nicht nur in den gegenwärtigen ungünstigen Zeitläufen aufrecht zu erhalten, sondern auch noch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zum Wohle der Allgemeinheit ins Auge zu fassen. Jedenfalls zeugt es von einer gänzlichen Verneken unserer sozialen und volkswirtschaftlichen Aufgaben, an eine Untergrabung des Achtstundentages zu gehen, sei es selbst unter einer freiwilligen Mitwirkung der jeweils beteiligten Arbeiterkreise. Es sind bereits Beispiele für eine solche verfehlte Politik bekannt geworden. Es soll zwar der Achtstundentag im Prinzip anerkannt und festgehalten werden, aber durch eine freiwillige Überstunde hofft man der Gefahr einer völligen volkswirtschaftlichen Erschlaffung begegnen zu können.

Haben die beteiligten Arbeiterkreise, die sich zur Ableistung einer freiwilligen dauernden Überstunde bereifunden, auch die geradezu verderblichen Folgen ihres Tuns vergegenwärtigt? Gewiß, die freiwillige Überstunde wird extra bezahlt. Doch ist dabei zu bedenken, daß bei einer dauernden Überstundenbezahlung nicht so sehr an die Erhöhung des Grundlohnes gedacht wird, bis man plötzlich voller Schrecken inne wird, daß der anfängliche Vorteil eines höheren Einkommens dahin ist. Denn praktisch genommen fließt der Überstundenzuschlag sehr bald mit dem Lohn zu dem eigentlichen Grundlohn zusammen, so daß sich immer wieder der fundamentale Satz marxistischer Forschung bewähren wird, daß der Arbeiter den Lohn erhält, der zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft notwendig ist. Das heißt also: die Arbeiter werden bei neunständiger Arbeitszeit und Bezahlung der neunten Stunde als Überstunde kaum so viel verdienen, um kümmerlich ihr Leben fristen zu können. Das — glücklicherweise erst in vereinzelt Fällen — gegebene böse Beispiel darf auf keinen Fall weitere Nachachtung und Nachahmung finden.

Bei verkürzten Lebensmittelrationen länger arbeiten? Nein! Das könnten nur Kapitalisten und Schieber vertragen, und die verteidigen ja bekanntlich die egoistisch-individualistischen Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, um sich ihr Dasein auch unter den furchtbaren Folgen des Weltkrieges so angenehm wie möglich zu gestalten. Den Achtstundentag aufgeben hieße den sozialen Fortschritt und die Sozialisierung gefährden, hieße den Lebensnerv des deutschen Volkes noch mehr unterbinden, als das bisher schon geschehen ist. Gern erklärt die Arbeiterschaft ihre Bereitwilligkeit dazu, daß jeder seine Pflicht tue und sie bis aufs letzte erfülle, gern will die Arbeiterschaft mitwirken an organisatorischen u. technischen Verbesserungen im Wirtschaftsleben und im Produktionsprozeß — aber Verlängerung der Arbeitszeit, in welcher Form oder Verkleidung sie immer auftreten möge, kann nicht in Frage kommen. Denn die Verkürzung der Arbeitszeit ist der Arbeiterklasse mehr als Zeitgewinn zur Erholung, Sammlung und Weiterbildung, sie ist ihr eine notwendige Voraussetzung des sozialen Fortschritts und der neuen Gesellschaftsordnung.

Es muß angesichts aller Versuche, die auf die Erschütterung des Achtstundentages und der Forderung einer weiteren Arbeitszeitverkürzung gerichtet sind, die strikte Weisung ergehen: Verteidigung des Achtstundentages um jeden Preis. Und die beste Verteidigung ist der Angriff. Der gewerkschaftliche Kampf gelte in verstärktem Maße der Erringung der 44stündigen Arbeitswoche und des freien Samstagmittages.

Friedrich Peitschow, Dresden.

Rundschau.

Graphisches Kartell in Zwickau. Im Januar haben sich in Zwickau i. Sa. die Angehörigen der vier graphischen Verbände zu einem »Graphischen Kartell« zusammengeschlossen. Als 1. Vorsitzende fungierte M. Müller, Buchdrucker; 2. Vorsitzende P. Midring, Buchbinder; Schriftführer M. Gaeck, Lithograph; Kassierer die Kollegin Stopp. Hausarbeiterin. Die regelmäßigen Sitzungen finden jeden

zweiten Dienstag im Monat statt. Möge das für Zwickau schon lange notwendige »Graphische Kartell« seine Tätigkeit zum Nutzen der ihm angeschlossenen Arbeiter ausüben. Im allgemeinen dürfte es wohl nur als Zwischenstufe des künftigen Graphischen Industrieverbandes zu betrachten sein. **Mit der Gründung eines graphischen Kartells** beschäftigte sich eine am 24. Januar im Gewerkschaftshause zu Lübeck stattgefundene Versammlung, welche vom Verband der deutschen Buchdrucker, dem deutschen Buchbinder-Verband, dem Verband der Lithographen und Steindruckereien besichtigten Hilfsarbeiter- und -arbeiterinnen einberufen war. Genosse Salomon bezeichnete die graphischen Kartelle als Grundlage für einen kommenden graphischen Industrieverband, um dem Kapitalismus im graphischen Gewerbe eine möglichst geschlossene Front der Arbeiter entgegenstellen zu können. In der Aussprache erklärten sich die übrigen Gewerkschaften mit dem Plane einverstanden. Als Aufgaben des graphischen Kartells wurden bezeichnet: Gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen zu den Betriebsräten, bei den Krankenkassen-Vertreterwahlen und vor allem gegenseitige Unterstützung bei der Durchführung zentraler Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auch die Einrichtung gemeinsamer Fortbildungsmöglichkeiten soll Sache des neugegründeten Kartells sein.

Außerordentliche Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes. Die Forderung nach Einführung der Sechsstundenschicht für alle unter Tage arbeitenden Bergarbeiter droht erneut die gesamte Kohlenproduktion lahm zulegen. Besonders aus dem Ruhrgebiet kam das Verlangen der Einführung der Sechsstundenschicht ab 1. Februar. Im Verweigerungsfalle sollte die Einführung mit Hilfe des Streikes erzwungen werden. Um eine legale Lösung dieser Frage herbeizuführen, entschloß sich der Vorstand des Bergarbeiterverbandes eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, die vom 24. bis mit 26. Januar in Bochum getagt hat. Die Abstimmung über den wichtigsten Punkt war namentlich. Zur Abstimmung stand die Frage: Wer ist für die Einführung der Sechsstundenschicht ab 1. Februar und die Erzwingung dieser Forderung durch den Streik? 36 Delegierte stimmten mit ja, 182 mit nein. Damit ist der in bedrohliche Nähe gerückte Streik der Bergarbeiter abgelehnt. Die Regierung wird jedoch beauftragt, eine internationale Regelung im Sinne der Sechsstundenschicht herbeizuführen.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ein verfehltes Urteil.

Durch Reichsgesetz ist bestimmt, daß die Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben täglich 8, bzw. wöchentlich nicht über 48 Stunden betragen soll. Als selbstverständlich nehmen wir an, daß es Aufgabe der Arbeiterschaft sein muß, darauf zu achten, daß diese Erwerbschaft der Revolution auch für Personen eingehalten wird, die bisher einen besonderen Schutz durch die Gesetzgebung genossen haben. Wir meinen die Jugendlichen unter 16 Jahre. Für diese bestanden schon in der Vorkriegszeit besondere Schutzbestimmungen. So vor allem, daß den Jugendlichen unter 16 Jahre eine mindestens einstündige Mittagspause gewährt werden mußte. Die Beschäftigung am Vormittag oder Nachmittag ohne Pause durfte 4 Stunden nicht übersteigen. Unseres Wissens besteht der § 136 der Gewerbeordnung auch heute noch zu Recht. Wegen der jetzt vielfach üblichen durchgehenden Arbeitszeit, wird man nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Mittagspause statt eine Stunde nur eine halbe Stunde beträgt, weil im allgemeinen die Arbeitszeit der Jugendlichen heute eine kürzere ist wie früher.

Gesetzlich unzulässig ist es unseres Erachtens dagegen, einen Jugendlichen länger wie 8 Stunden regelmäßig täglich zu beschäftigen, wie es durch ein Urteil des Tarifamts der Chemigraphen und Kupferdrucker gestattet wird. Das Urteil gestattet die Beschäftigung der Lehrlinge mit Aufräumungsarbeiten bis zu einer halben Stunde täglich nach Arbeitsschluß.

Wir fragen uns, wie ist es möglich, daß die Gehilfenvertreter des Tarifamts ihre Zustimmung zu einem derartigen Beschluß geben konnten. Mit welchem Recht setzt man sich hier über die gesetzliche Bestimmung der täglich achtstündigen Arbeitszeit hinweg und verfügt für die Lehrlinge eine längere Arbeitszeit. Ist der Schutz der Jugendlichen bei der gegenwärtigen mangelhaften Ernährung nicht doppelt geboten?

Warum verweigern wir dem Lehrling die Arbeitszeit, die wir für den Gehilfen als ganz selbstverständlich beanspruchen. Wir haben es bisher für unsere vornehmste Pflicht gehalten, daß auch den Lehrlingen die Erwerbschaften der Revolution zuteil wurden. Jeder vorwärts strebende Lehrling muß neben seiner Arbeitszeit im Gesdäch noch manche Stunde in der Woche für seine Weiterbildung opfern, so daß diese jun. in der Entwicklung befindlichen Körper ohnehin genügend

angestrengt werden. Anstatt dahin zu streben, daß die Arbeitszeit für den Lehrling möglichst noch unter 8 Stunden herabgesetzt wird, wird hier ohne jeden rechtlichen Grund eine Verlängerung der Arbeitszeit verfügt.

Die Zeit, den Lehrling als Aschenbrödel zu behandeln, muß in dieser Freiheit atmenden Zeit endgültig vorüber sein. Wir möchten deshalb die Erwartung aussprechen, daß diese Verfügung baldigst einer Revision unterzogen wird. L. Ulrich.

Ortsberichte.

Göppingen. Am 15. Januar 1920 fand die jährliche Generalversammlung statt, welche einen vollen Besuch aufzuweisen hatte. Der Vorsitzende gab einen Rückblick über das verlossene Jahr 1919 und streifte dabei die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Ereignisse. Ebenfalls gab er in kurzen Zügen ein Bild von den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen in unseren gesamten graphischen Berufen. Die Wahlen für den Ausschuß brachten uns ganz unwesentliche Veränderungen und blieben die hauptsächlichsten Posten in altbewährten Händen.

Das Rundschreiben der Karlsruher Kollegen fand lebhaftige Zustimmung, sämtliche Anwesende waren sich einig, das Bestreben dieser Kollegen, welches bessere Lohnverhältnisse für uns herbeiführen soll, nach Kräften zu unterstützen. Die Gründung eines »Graphischen Kartells« am hiesigen Orte wurde am 17. Januar 1920 vorgenommen.

Die neuesten Teuerungszulagen für Lithographen und Steindruckereien haben allgemein die größte Enttäuschung und Unzufriedenheit ausgelöst, weil die selben völlig unzureichend sind, auch nur den geringsten Ausgleich zu schaffen zwischen unseren bestehenden Löhnen und der stets höher steigenden Teuerung für alle Lebensmittel usw.

In lebhafter Aussprache äußerten sich die Kollegen, daß die Forderung der neuen Teuerungszulage viel zu niedrig bemessen war, sonst wären die Zugeständnisse nicht so minimal ausgefallen; ebenfalls verwerfen sie die Staffellung der Zulage nach Einwohnerzahl der Orte und verlangen Begünstigung dieser ungerechten Maßnahme. Des weiteren protestieren die hiesigen Kollegen ganz energisch dagegen, daß gerade der graphische Arbeiter immer und immer wieder dazu verurteilt sein soll, sich mit Hungerlohn behelfsmäßig durchzuschinden. Sollen wir uns denn abermals an die Wand drücken lassen, damit sich unser »Graphisches Gewerbe« auf unsere Kosten wieder friedlich entwickeln kann? Wir sehen das nicht ein. Durch jahrelangen Kriegsdienst ist die Gesundheit der meisten Kollegen unterwühlt, die klägliche Entlohnung zwingt uns zu weiteren Entberungen, gestattet nicht einmal die zerrissenen Schuhe reparieren zu lassen, viel weniger die Beschaffung eines ordentlichen Anzugs. Das ist die traurige Wirklichkeit im »Graphischen Gewerbe«, infolgedessen verlangen die hiesigen Kollegen von ihrer Verbandsleitung durchgreifende Maßnahmen zur raschmöglichen Herbeiführung besserer Entlohnung.

Folgende Resolution fand beifällige Aufnahme: »Die am 15. Januar 1920 im »Berliner Hof« versammelten Angehörigen des Verbandes der Lithographen, Steindruckereien und verw. Berufe bringen zum Ausdruck, daß mit den zurzeit bestehenden Lohnsätzen einfach nicht mehr auszukommen ist, infolge der ungeheuren Preissteigerung für die notwendigsten Lebensbedürfnisse. Sie fordern daher, daß von seiten der Gaulteiler bzw. Kreisvertreter die Verbandsleitung sofort veranlaßt wird, eine allgemeine erhebliche Erhöhung der Löhne herbeizuführen, damit wir anderen Berufsgruppen gegenüber in der Entlohnung gleichgestellt und dadurch vor der äußersten Not geschützt werden.«

Leipzig. Die allgemeine Versammlung am 3. Februar 1920 befaßte sich im ersten Teil erneut mit der Wahl des Kassierers, weil der Hauptvorstand die letzthin vollzogene Wahl nicht bestätigt hatte. Es war eine Umstellung der Kandidaten vorgenommen worden, die aber dem Beschluß der Generalversammlung nicht entsprach. Kollege Herbst (Berlin) stellte den Sachverhalt richtig und bemerkte, wie ja auch die Entscheidung des Verbandsausschusses auf die erfolgte Beschwerde beweist, daß der Verbandsvorstand, der doch die Beschlüsse der Generalversammlung achten müsse, gar nicht anders handeln konnte. Nach längerer heftiger Auseinandersetzung, wobei des öfteren die grundsätzliche gegenteilige Auffassung zu Tage trat, fand endlich die Abstimmung statt. Damit gaben die Versammelten zu erkennen, daß Beschlüsse der Generalversammlung beachtet werden müssen. Von den drei, vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Kollegen wurde Kollege Büchner, Chemigraph, gewählt.

Hierauf gab Kollege Herbst den Jahresbericht und bemerkte, daß die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1918 1318 betrug, die nun mit Einfluß von 70 weiblichen am 31. Dezember 1919 auf 2691 gestiegen ist. Die Höchstzahl der Arbeitslosen war im März mit 746 erreicht, die sich aber bis 1. Januar 1920 auf 421 verminderte. Er führte aus, daß der Tarifabschuß eine Notwendigkeit war, die bei den meisten Kollegen auch Würdigung gefunden habe. Die Kollegen erwarten aber, daß der Hauptvorstand bestrebt ist, durch tatkräftiges

Handeln die Entlohnungsfrage den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend zu regeln.

Nach Bekanntgabe der letzten Abrechnungen wurde dem Kollegen Kindler Entlastung erteilt und hierauf folgende Entschlüsse angenommen: Die kommenden großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit bedingen eine geschlossene Arbeiterschaft, die nur im Zusammenschluß der Gewerkschaften zu Industrieverbänden gegeben ist.

Die von den Verbandsvorständen angeregte und vom Verbandstag beschlossene Zusammenfassung aller im graphischen Berufe Erwerbstätigen findet als erster Schritt die Billigung der Kollegen.

Die versammelten Kollegen erwarten, daß die Verwaltung auch weiter für den organisatorischen Zusammenschluß zum Industrieverband wirkt.

Die Bestrebungen, daß sich die Betriebsorganisation nur auf die Betriebsräte stützen soll, lehnen die versammelten Kollegen als durch die Zeitverhältnisse überholt ab.

Hierauf wurden die Wahlen des Ortsvorstandes bestätigt und in den Gauvorstand für die ausgedehnten Kollegen Herbst und Ronnger die Kollegen Voigt und Müller gewählt. In das Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen: Kade, Kießig, Schubert und Grunert delegiert, während sich die Lehrlingskommission aus den Kollegen Kade, Wunsch, Gerke, Rosenberg und Schlegel zusammensetzt. Als Revisoren wurden die Kollegen Otto, Teubner, Dinter und Bierich bestimmt. Mit dem Hinweis, in den kommenden Zeiten fest und geschlossen zusammen zu stehen, fand die Versammlung ihr Ende.

München. Einen vollen Monat hatte der Sturm gewütet, standen Unternehmer und Gehilfen sich feindselig gegenüber podend auf ihre Reditsandhaunng. Es kostete den verantwortlichen Vertretern beider Parteien eine erhebliche Mühe die sich steigende Aktionstust zu dämmen. Die Vernunft gebot und siegte! Wir können im Gewerbe keinen Streik gebrauchen, die Wirtschaftslage ist zu ernst. Die Gehilfenschaft verkennt nicht die Not der Zeit, aber sie läßt sich kein 1913 schaffen. Keine Verschlechterungen diktiert. Unsere Versammlung vom 2. Februar in der unsere Unternehmer und die gesamte Kollegenschaft in offener Redeschlacht einander gegenüber traten wäre für viele Kreise eine Lehre gewesen. Das war bayrischer Geist, war demokratische Arbeit. Nach vierstündigem Turnier wurde eine Verhandlungskommission eingesetzt die tags darauf weiter beriet. Bis in die tiefe Nacht, um endlich die Verständigung zu finden, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Am 4. Februar *vermodten wir eine Vereinbarung zu treffen, die uns weiter die 46stündige Arbeitswoche sicherte und die Ruhe im Gewerbe garantierte.* Am gleichen Abend schon konnten wir in kombinierter Versammlung über den Ausgang und Abschluß der Bewegung berichten. Die Versammlung nahm noch ein sehr instruktives Referat des Kollegen Haß entgegen. Einmütig wurde in der Diskussion zum Ausdruck gebracht, daß die Verbindung mit unserer Zentrale eine gute ist. Wir berauschten uns nicht mit phrasenreichen Resolutionen, sondern betreiben nüchternere Realitätspolitik. Was Kollege Haß hier leistete bei den Verhandlungen wurde anerkannt, die Politik unseres Zentralvorsitzenden klärte den bestehenden Gegensatz zwischen Süd und Nord. Kollegen im Reiche! Sorgt für die Verkürzung der Arbeitszeit, bereitet für die nächste Tarifperiode den Weg vor durch zielbewußte Arbeit. Geschlossenheit und Willensstärke sind die Waffen mit denen wir den Sieg an unsere Fersen heften. Herab aus dem Wolkenkuckuckshaus zur praktischen Gewerkschaftsarbeit.

Der Steindrucker.

Umdrucker, aufgepaßt!

Die Entwicklung kennt nur einen beständigen Faktor, den Wechsel. Wie aus Morgen und Abend ein neuer Tag wird, so wird aus Werden und Vergehen eine neue Welt mit neuen Begriffen und neuen Dingen. Aber nichts fällt vom Himmel, fix und fertig wie es gebraucht wird, sondern baut sich auf und entwickelt sich aus dem Bestehenden. Alle Veränderungen der Dinge, seien sie nun von großer, weltumstürzender Art oder nur von nebensächlicher, sekundärer Bedeutung, kommen nicht wie der Dieb in der Nacht, sondern lösen sich als Ergebnis der Entwicklung in folgerichtiger Reihe aus dem Schoße der Gegenwart los. Eins gibt das andere, eins bedingt das andere und löst es aus, immer den Weg nach vorwärts haltend, einem immaneten Gesetz folgend. Rasillos arbeitet des Menschen Geist an diesem Vorwärtsdringen mit und der aufmerksame Beobachter stellt selbst fest, wie alles aus kleinen Anfängen herauswächst.

Wer die Entwicklung des Steindruckes kennt, insbesondere der Entwicklung seiner Maschinen-technik Aufmerksamkeit geschenkt hat konnte beobachten, wie eine Neuerung die andere ablöste. Seit dem Aufkommen der Schnellpresse im Steindruck hat der Menschengestalt noch nicht einen Augenblick geruht. In ununterbrochenen Grübeln hat er danach gesucht die Leistungsfähigkeit dieser Maschine zu steigern. Immer größer wurden Formate

und immer schneller die Gangart dieser Maschine, bis schließlich das Höchstmäß erreicht war und eine weitere Steigerung nur durch eine Veränderung des Systems möglich war.

Die Rotationsmaschine, die ein anderes System darstellt und deren Grundlage auf der schnelleren Gangart beruht, konnte im Gewerbe nicht den Eingang finden, wie schließlich erwartet worden war. Die erzielten Resultate ließen insbesondere an Qualität verschiedenes zu wünschen übrig und die Firmen, die im Mehrfarbendruck einen guten Ruf auf Spiel zu setzen hatten, sahen von der Einführung der Rotationsmaschine ab. Die Rotationsmaschine blieb deshalb in der Hauptsache auf die Herstellung einfacherer Steindruckarbeiten beschränkt, kann aber auf diesem Gebiete mit ansehnlichen Leistungen aufwarten.

In ganz anderer Weise begann die Offsetmaschine ihren Siegeszug. Anfänglich zwar auch mit scheelen Augen angesehen, war sie doch mit all den Eigenschaften versehen, deren Fehlen der Rotationsmaschine eine weitere Verbreitung unmöglich machte. Die Offsetmaschine mit ihren indirekten Druck läßt nicht nur eine viel schnellere Gangart zu, sondern gestattet auch die Verwendung aller Papiere. Gerade die rauhen Papiere, die bei der Flachdruck-schnellpresse vom Verbrauch so gut wie ausgeschlossen waren, finden beim Offsetdruck nicht nur Verwendung, sondern sind direkt gesucht. Und dabei ist es ganz gleichgültig ob es sich um Eindruck oder Mehrfarbendruck handelt.

Aber nicht genug damit. Der Buchdruck, der schon einige Zeit Mehrfarbemaschinen kennt, wenn auch nur im Schnellpressendruck, die in einem Arbeitsgange mehr als eine Farbe drucken, mußte mindestens eingeholt, wenn nicht übertroffen werden. Die Zweifarbenoffsetmaschine löst nun dieses Problem und druckt in einem Arbeitsgang zwei Farben. Dadurch wird die Zeit, die eine mehrfarbige Arbeit früher zu ihrer Herstellung gebrauchte, um die Hälfte gekürzt.

Diese Rationalisierung der Arbeit kann natürlich nur voll in die Erscheinung treten, wenn die dazu notwendigen Druckplatten ständig fertig zum Gebrauch bereit stehen. Da aber schon bei der Einfarbenoffset nicht selten Mangel an fertigen Druckplatten zu verzeichnen ist, der Mehrbedarf auch oft wegen Platzmangel oder anderen Gründen nicht einfach durch Vermehrung des betreffenden Arbeitspersonals befriedigt werden kann, suchte der findige Menschengestalt nach neuen Methoden diesen Mangel zu beseitigen. Verschiedene Versuche scheiterten bisher.

Da kommt aus Amerika, dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, die Nachricht, daß ein neues Verfahren zur schnelleren Übertragung der Druckelemente und rascheren Fertigstellung von Druckplatten für die Maschine erfunden worden sei. Diese Erfindung beruht, wie alle neueren Erfindungen, auf der Anwendung und Ausnützung der Photographie, und überträgt die Druckelemente mit Hilfe der Kopie. Nun ist das direkte Kopierverfahren, auch für Maschinengebrauch, in Deutschland nicht neu. Insbesondere im Photodromdruck hat es eine immerhin nicht unbedeutende Anwendung gefunden. Überdies hinaus konnte sich das direkte Kopierverfahren zur Herstellung von Druckplatten für den Maschinendruck keine Freunde erwerben, weil es besonders bei kombinierten Druckbogen große Passerschwierigkeiten gab.

Gerade diese Schwierigkeit eines genauen Passers soll die amerikanische Erfindung beheben. Jeder Kollege weiß, welche Rolle das Aufeinanderpassen der einzelnen Farben in unserem Gewerbe spielt, wieviel Ärger, Verdruß und Streitigkeiten deshalb schon entstanden sind. Wenn deshalb die neue Erfindung hält was sie verspricht, dürfte sie auch in Deutschland manchen Freund und deshalb auch Eingang finden.

Die neue Erfindung stellt sich kurz wie folgt dar. Man hat eine Kopiermaschine gebaut, die mittels sorgfältig eingesetzter Schraubengänge die Verschiebung des eingespannten Negativs seitwärts in der Vertikalen bewerkstelligt. Weil sich die jeweilige Anzahl der Umdrehungen leicht ablesen läßt, so ist es möglich, eine peinlich genaue Einstellung der Einzelbilder untereinander zu erreichen, — was wohl das Belangreichste ist, — immer wieder zurückzufinden. Es ist somit ein genauer Passer bei Farbenplatten leicht zu bewerkstelligen. Die Maschinen sind bereits soweit vervollkommen worden, daß man Schritt halten kann mit der nicht immer gleich intensiven Leuchtkraft der elektrischen Bogenlampe, die das Kopieren besorgt. Automatisch wird bei schlecht brennender Bogenlampe die Expositionszeit entsprechend verlängert.

Es wäre nötig eingehender über die Gestaltung der neuen Erfindung Bericht zu geben. Aber wie in allen solchen Dingen schwebt auch hier noch ein geheimnisvolles Dunkel. Aber wie berichtet wird, sollen schon drei solcher Maschinen in verschiedenen Systemen angeboten und in Gebrauch sein, daher ist es gut, auch hier Achtung zu geben und scharf zu beobachten. Wenn wir auch nicht glauben, daß die Bäume urplötzlich in den Himmel wachsen, so liegt doch alle Veranlassung vor aufmerksam zu sein. Die Photographie hat in den verschiedensten Verfahren verstanden, Eingang im Flachdruck zu finden und von tag zu Tag gewinnt sie neue Anhänger und weitere Verbreitung. Eine moderne Steindruckerei ohne Photographie ist schon heute

undenkbar, und da die Verhältnisse so liegen, ist es auch sehr leicht möglich, daß, nachdem die Lithographie durch die Photographie zum Teil verdrängt ist, nun der Umdruck an die Reihe kommt und ebenfalls Haare lassen muß. Auf jeden Fall tun wir gut dieser Entwicklung ein besonderes Interesse entgegen zu bringen, damit man bei gegebener Gelegenheit auch dieser Sache nicht ahnungslos wie ein neugeborenes Kind gegenüber steht. — nn —

Die photomech. Fächer.

Die Lohnverhältnisse im Lichtdruckgewerbe.

In den jetzt allorts gepflegten Aussprachen über die bevorstehende Kündigung und spätere Neuberatung des am 31. 5. 1920 ablaufenden Lichtdruckerarbeitsvertrages dürfte wohl sicherlich die Lohnfrage den breitesten Raum in Anspruch nehmen. Es ist dies durchaus verständlich. Solange die rasende Verteuerung aller Existenzmittel anhält, bleibt die Magenfrage Kernpunkt aller Verhandlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern und dementsprechend auch in den vorangehenden Aussprachen der beiden Parteien. Daß dadurch andere, zum Teil auch recht wichtige Fragen oft mehr in den Hintergrund gedrängt und nicht genügend gewürdigt werden, bleibt zu bedauern, ist aber vorläufig nicht zu ändern.

Für die Aussprachen unserer Kollegen dürfte nun aber eine ausführliche Darlegung über die Entwicklung der Lichtdruckerlöhne seit dem Abschluß des Tarifes, d. h. ab 1. Juni 1919 gute Dienste leisten. Als Grundlage soll uns dabei die im November 1919 von der Zentralkommission der Lichtdrucker versandte Statistik dienen, welche ja nunmehr endlich fast restlos eingegangen ist.

Die verflochtenen Tarife für das deutsche Lichtdruckgewerbe enthielten bekanntlich nur Mindestlöhne für Ausgelernte und überließen das übrige Lohngebiet der freien Vereinbarung. Als bei den Tarifausschlußverhandlungen im Juni 1919 an die Frage der Einfügung des gesamten Lohngebietes in den Vertrag herangetreten wurde, waren sich beide Parteien klar, daß es unmöglich sein würde, auf einen Schlag gerade diese Angelegenheit zur allgemeinen Zufriedenheit zu regeln. Sowohl die Gehilfenvertreter, wie auch die Prinzipale rechneten vielmehr damit, daß sogar in der nur auf ein Jahr bemessenen Tarifperiode Änderungen notwendig werden würden und schufen in ihren Beschlüssen die Vorbedingungen dafür. Die Unternehmer möchten wohl damals noch sehr an das Märchen vom baldigen Abbau der Löhne glauben, denn sie legten großen Wert darauf, die Grundlöhne möglichst nicht zu hoch zu nehmen und lieber neben den Ortszuschlägen noch einen allgemeinen Teuerungszuschlag von 25 Prozent einzufügen, der dann später strichweise oder bei gar zu tollem Preissturz auch auf einmal abzubauen wäre.

Den Gehilfenvertretern lag weniger die Zusammensetzung des Lohnes aus drei oder noch mehr Teilen, als vielmehr der Schlusseffekt, d. h. die Höhe des Gesamtwohneinkommens der Kollegen am Herzen. Sie richteten daher nach Festlegung der Grundlöhne und des Teuerungszuschlages ihr Hauptaugenmerk auf möglichst hohe Staffeln der Ortszuschläge und erreichten auch, daß die von den Unternehmern vorgeschlagene Buchdruckerstaffel nicht angenommen wurde. Soweit bei der s. Zt. beschlossenen Ortsteilung in fünf Klassen Härten entstanden, die nicht bereits in zwischen, wie bei Leipzig und Dresden, behoben wurden, muß jetzt ein Ausgleich herbeigeführt werden.

Als die Gehilfenvertreter s. Zt. sahen, daß die gefundene Regelung der Lohnfrage zwar einem großen Teile der Kollegen nennenswerte Vorteile biete, aber auf der anderen Seite doch auch eine recht beträchtliche Anzahl schon etwas besser bezahlter Gehilfen leer ausgehen ließ, stellten sie schnell entschlossen den Antrag, daß der Tarifabschluß jedem einzelnen Gehilfen mindestens 15 Mk. Lohnaufbesserung bringen muß. Leider erfuhr dieser Antrag noch einige Abschwägungen, aber immerhin wurde festgelegt, daß jeder Verheiratete 15 Mk. und jeder Ledige über 24 Jahre 10 Mk. an Zulage erhalten mußte, wobei allerdings noch die nach dem 15. 4. 19 gegebenen Zulagen zur Hälfte, aber nicht über 5 Mk. anrechnungsfähig sein sollten.

Die Statistik hat nun ergeben, daß durch diesen Beschluß in Verbindung mit der Festlegung der Löhne im Tarif insgesamt 372 Kollegen eine Lohnaufbesserung von 5826,34 Mk., d. h. pro Kopf von 15,66 Mk. erhielten.

Am höchsten war der Durchschnitt der auf jeden Kollegen entfallenden Zulage in den Tarifkreisen II und VII, wo er 21,20 Mk. bzw. 26,77 Mk. pro Kopf betrug. Insbesondere im Kreise VII ist diese Ziffer bezeichnend für die ungeheure Rückständigkeit der Löhne vor dem Neuaufschluß des Tarifes, an der wohl unsere Kollegen auch nicht so ganz schuldlos gewesen sein mögen. Am schlechtesten schnitten die Kollegen in den Hauptdruckerorten Berlin, Leipzig und München ab, die nur Durchschnittszulagen von 13,79, bzw. 13,55, bzw. 10,64 Mk. erhielten, was durch Aurednung vorher erhaltener Zulagen veranlaßt wurde.

Spezialisiert verteilten sich die durch den Tarifabschluss bedingten Zulagen wie folgt:

unter 10.— Mk. erhielten 25 Kollegen,	
von 10.— bis 14,99 Mk. erhielten 154 Kollegen,	
„ 15.— „ 19,99 „	94 „
„ 20.— „ 24,99 „	55 „
„ 25.— „ 29,99 „	21 „
„ 30.— „ 39.— „	22 „

Drei Stuttgarter Kollegen (Kreis VII) erhielten 39 Mk. bzw. 37 Mk. Zulage, damit ihr fürsüßlicher Lohn von 48 bzw. 50 Mk. die genaue tarifmäßige Mindestgrenze von 87 Mk. für Ortsklasse B erreichte.

Drei Hamburger Kollegen Kreis II bekamen je 38 Mk. Zulage und erreichten damit 110 Mk., d. h. sie kamen um 20 Mk. über das Minimum der für sie zuständigen Ortsklasse A, was sich jedenfalls schon eher hören läßt, als der vorhergehende Fall.

Die schon oben erwähnte stiefmütterliche Behandlung der Berliner Kollegen ließ hier keine Beruhigung der Gemüter einziehen, wohl hatten sich alle gefreut, daß die zentrale Regelung der Lohnfrage den Kollegen im Reiche und insbesondere in den kleineren Druckorten eine ganz wesentliche Hebung des Lohnniveaus brachte, aber auf die Dauer ist kein knurrender Magen mit noch so edler Freude zu beruhigen und so stellten die Berliner Kollegen bereits Anfang August die Forderung auf eine lokale Lohnerhöhung von 15 Mk. an das Tarifamt.

Berlin, Chemigrapen. Die am 22. Januar 1920 tagende Generalversammlung beschloß sich mit dem Bericht der Verwaltung. Aus dem vom Vorsitzenden gegebenen Bericht ist zu entnehmen, daß auch das verfllossene Geschäftsjahr ein Aufatmen in unserem Berufe nicht zeitig hat. Die Situation ist so, daß durch die schlechte Konjunktur den Gehilfen nicht der Lohn gezahlt werden kann, welcher den heutigen Lebensverhältnissen entspricht. Wir haben unser Amt mit der Zuversicht übernommen, daß durch die Aussicht des Friedens wieder geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten werden. Aber die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben gezeigt, daß unsere Ansicht eine irrige gewesen ist. Sollte deshalb die Erwartung der Kollegen keine zufriedenstellende sein, so möge man dies nicht der Verwaltung, sondern den durch die jetzige Zeit geschaffenen Berufsverhältnissen zuschreiben. Das von uns stets geforderte Mitbestimmungsrecht bei Einstellung und Entlassung ist durch das neu erstandene Betriebsrätegesetz verankert. Sollte über dieses auch verschiedene politische Meinungen bestehen, so möge man doch daran denken, daß wir in den Betrieben als Kollegen einer Organisation stets zusammenhalten müssen, um dadurch unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern zu können. Wenn auch der Tarif, in Anbetracht unserer Notlage, dem keine Rechnung getragen hat, so müsse man sich doch die Frage vorlegen: Gestalten sich unsere Lebensverhältnisse ohne einen Tarif besser oder schlechter? In der nun entretenden Diskussion wird von den Rednern zugegeben, daß die Unzufriedenheit mit dem Erfolge nicht an der Verwaltung, sondern an den gegenwärtigen Verhältnissen liege. Hauptsächlich ist dies darauf zurückzuführen, daß im Laufe des Jahres die Errungen schaften der Revolution für die Arbeiterschaft verloren gegangen sind. Auch wird allgemein angenommen, daß die Tarifgemeinschaften eine Zwangslage ist, um die Lohnforderungen niederzuhalten. Um diese durch eine geschlossene Masse mehr Nachdruck zu geben, wird die Verwaltung aufgefordert dahin zu wirken, daß sämtliche Gruppen sich zu einem großen graphischen Industrieverband vereinigen. In der nun stattfindenden Neuwahl des Vorstandes wird als 1. Vorsitzender der Kollege Geyer einstimmig gewählt, als 2. Vorsitzender Kollege Blechschmidt, als 1. und 2. Schriftführer die Kollegen Kessin und Klahn, sowie als Beisitzer und Revisoren die Koll. Domsch, Knöth und Wiese. Als Tarifamts-Vorsitzender wurde der Koll. Hehr wieder gewählt. Nachdem noch die anderen Wahlen ihr Ende gefunden gab nunmehr der Vorsitzende von den am 19. und 22. Januar stattgefundenen Tarifamtsitzungen einen ausführlichen Bericht, aus dem zu ersehen ist, daß in München und Düsseldorf Tarifkonflikte ausgebrochen sind. Durch das Festhalten an der 45stündigen Arbeitszeit sind die Münchener Vertreter zu den Verhandlungen nicht erschienen. Die Düsseldorfer Kollegen sind infolge desselben Konfliktes schon seit 14 Tagen im Streik. In der nun folgenden Diskussion wird das Vorgehen der Düsseldorfer Kollegen begrüßt und gleichzeitig das Bemühen ausgedrückt, daß wir bis jetzt keine Ahnung von den Düsseldorfer Vorgängen gehabt haben. Die Ausführungen des Vorsitzenden werden als Stimmungsmache gegen einen eventuellen Streik angesehen und in Anbetracht der Lebensmittelpreiskrise kann die Zubilligung von 25 Mk. die Arbeitsfreudigkeit nicht heben. Nach lebhafter Debatte wird deshalb mit großer Majorität beschlossen, die Zulage abzulehnen. Indem der Vorsitzende verspricht, das Resultat dem Hauptvorstand zu übermitteln, muß den Kollegen die Gelegenheit gegeben werden, sich darüber schlüssig zu werden, was fernerhin geschieht um einheitlich vorzugehen. Aus diesem Grunde kommt man zu dem Entschluß, die Versammlung zu vertagen und dieselbe zum Sonntag den 25. d. Mts. Vormittags 9 Uhr einzuberufen.

Die am 25. Januar stattgefundene außerordentliche Versammlung wird vom Vorsitzenden Koll. Geyer mit einem Dank für den aus seinem Amt scheidenden Vorsitzenden Kollegen Hehr eröffnet, was mit Beifall aufgenommen wird. Dann tritt abermals eine Diskussion über den Tarifamtsbericht der letzten Versammlung ein. Von einzelnen Rednern kommt die Meinung zu Tage, daß wir energisch und konsequent vorgehen müssen, um dadurch eine höhere Zulage zu erlangen. Schon die von den Prinzipalen vorgeschlagene Verteilung der 18 Prozent, als auch die Staffellage der neuen Zulage haben bewiesen, daß es den Unternehmern darum zu tun sei, eine Unzufriedenheit unter die Gehilfenschaft hervorzurufen. Die letzte Versammlung habe ja auch durch die lebhafteste Debatte und Ablehnung der Zulage gezeigt, daß selbst die indifferenten Kollegen aufgerüttelt sind. Es wäre darum ein Nonsens, erst 50 Prozent zu fordern um sich nachher mit 25 Mk. abspesen zu lassen. Deshalb müsse man auf den einmal gefaßten Beschluß bestehen und die Zulage ablehnen. Sollten sich darum die Prinzipale zu einer Verhandlung nicht bereit erklären, so muß die Angelegenheit eben vor einem Schlichtungsausschuß ausgetragen werden. Aus diesem Grunde wird aus der Versammlung eine Resolution eingebracht, welche in schärfster Form das Anerbieten der Prinzipale zurückweist und empfiehlt, daß, sollten erneute Verhandlungen kein günstigeres Resultat zeitigen, dann die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß zu unterbreiten ist. In der Diskussion über diese Resolution wird über die Frage mit oder ohne Tarif auch die Ansicht vertreten, daß die schlechten Lohnverhältnisse nicht am Tarif, sondern vielfach an die Starrheit der Prinzipale liege. Man habe deshalb auch nicht die Absicht, den Tarif fallen zu lassen, sondern nur mit demselben bessere Lohnverhältnisse zu schaffen. Zum Schluß der Debatte wird von vielen Rednern darum auch die Resolution mit einigen Änderungen zur Annahme empfohlen. Nachdem der Vorsitzende zuerst eine von der Körperschaft der Vertrauensleute verfaßte Resolution verlesen, kommt er in seinen Erörterungen hauptsächlich darauf zurück, daß durch den Mangel an Material und Arbeit viele Kollegen durch eine jetzige Sozialisierung der Betriebe arbeitslos würden. Auch ist der Vorwurf, daß wir 2 1/2 Monate keine Versammlung gehabt, durch die Einberufung der im Dezember stattgefundenen kombinierten Versammlungen, hinfällig. Was die Resolution der Vertrauensleute anbetrifft, so bringt sie in ihrem Inhalt die Stimmung der Kollegen voll und ganz zum Ausdruck. Daß mit der Zulage von 25 Mk. niemand zufrieden ist, ist erklärlich, doch hätten wir dieselbe abgelehnt, so wäre das von uns eine Feigheit gewesen, und es ist noch nicht erwiesen, daß der Schlichtungsausschuß eine höhere Zulage erwirken würde. Um nun erneute Verhandlungen nicht zu erschweren, bittet er den Beschluß vom Donnerstag zurückzuziehen und die Zulage vorläufig anzunehmen. Nachdem noch ein Zusatzantrag eingelaufen, welcher besagt, daß die Zulage höher bemessen, gleichmäßig verteilt und rückwirkend vom 1. Januar lauten soll, wird, nachdem die Debatte geschlossen, über beide Resolutionen ohne Zusatzantrag, da derselbe nur als Richtschnur dienen soll, abgestimmt. Das Ergebnis war, daß die Resolution der Vertrauensleute ohne Zusatzantrag mit großer Majorität angenommen wurde. Der Vorsitzende erklärt die Verhandlungen so schnell wie möglich in die Wege zu leiten und schließt die gut besuchte Versammlung.

Die Resolution lautet: Die Beschlüsse des Tarifamtes vom 22. d. Mts. entsprechen in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft. 15, 20 und 25 Mk pro Woche stellen keinen Ausgleich für die Teuerung der letzten Wochen dar. Mit Entrüstung nimmt die Versammlung außerdem Kenntnis, daß eine Rückdatierung nicht erfolgt ist. Die Gehilfenschaft kann sich mit dem Abschluß nicht zufrieden geben und beauftragt ihre Vertreter, sofort neue Verhandlungen nachzusuchen um eine Änderung des Tarifamts-Beschlusses herbeizuführen.

K. K.

Die Tapetenbranche.

Verhandlungen über Teuerungszulagen i. Formstechergewerbe.

Am 7. Februar fanden in Hannover im Restaurant »Zur Post« die Verhandlungen über die von der Gehilfenschaft gestellten Teuerungszulagen statt. An den Verhandlungen nahmen teil von den Unternehmern: Die Herren Hiedemann und Fohem, Köln, Woelke, Harburg, Klan, Berlin, Schuler, Hildesheim, Kirnedeck und Oschn ann, Hannover, Jentzsch, Dessau und Raabe, Einbeck.

Die Gehilfenschaft war durch folgende Kollegen vertreten: Herbst, Ernstberg und Schubart, Berlin, Kamp, Hildesheim, Jaeger und Peter, Hannover und Rodenkirchen, Köln.

Den Verhandlungen lag folgender Antrag der Gehilfenschaft zu Grunde:

1. Zahlung einer Teuerungszulage in Höhe von 25 Mk pro Woche mit Rückwirkung vom 4. Januar ds. Jahres.

2. Diese Zulage wird ab 2. Februar ds. Jahres auf 30 Mk. pro Woche erhöht.

3. Ab 1. März tritt eine weitere Zulage in Höhe von 20 Mk. pro Woche ein, so daß von diesem Termin ein Aufschlag von 50 Mk. auf alle zurzeit bestehenden Löhne durchgeführt ist.

Zur Vorgeschichte der Verhandlungen sei kurz darauf hingewiesen, daß bereits am 6. Januar von unserer Seite Anträge auf Gewährung einer Teuerungszulage bei dem Vorstände der Unternehmerorganisation mit der Bitte eingereicht wurden, möglichst bald hierüber Verhandlungen stattfinden zu lassen. Es war dann auch bereits hierfür die Zeit zwischen dem 10. und 20. Januar vorgesehen, und nur der damals einsetzende Eisenbahnerstreik im Rheinland machte die Verhandlungen unmöglich und durch Verkettung dieser Umstände trat dann eine Verzögerung bis zum 7. Februar ein. Durch diese der Kollegschaft unbekannte Gründe der Verzögerung einerseits und auf der anderen Seite die in dieser Zeit einsetzenden geradezu ungeheuerlichen Preissteigerungen aller Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel, erwirkten eine noch nie dagewesene Unruhe in unserer Kollegschaft aus. Die dann auch dazu führte, daß in einigen Mitgliedschaften die Kollegen die Kündigungen aussprachen, eine Handlung, die von seitens unseres Hauptvorstandes auf keinen Fall gebilligt wurde, denn es ist eine bekannte Tatsache, daß derartige unüberlegte Handlungen die Situation nur unnötigerweise verschärfen. Und das dieses nicht im Interesse der Allgemeinheit liegt, haben auch diese Verhandlungen uns wieder gelehrt. Die Verhandlungen selbst setzten sofort mit einer leidenschaftlichen Schärfe ein. Von den Unternehmern wurde erklärt, daß zunächst die Höhe der eingereichten Forderungen sie überrasche und von einer Zahlung mit rückwirkender Kraft könne bei der Eigenart unseres Gewerbes überhaupt keine Rede sein. In Anbetracht der herrschenden Teuerung, seien sie jedoch nicht abgeneigt, uns einen Zuschlag in folgender Höhe zu gewähren: Ab 7. Februar 15 Prozent, ab 1. März 20 und ab 1. April 25 Prozent.

Von seitens der Gehilfenschaft wurde dieses Angebot als nicht genügend bezeichnet und erklärt, daß bei diesen geringfügigen Zulagen die Existenzmöglichkeit der in der Formstecherei beschäftigten Personen nicht gegeben sei und daher auf ein weiteres größeres Entgegenkommen gerechnet werden müsse. Nach langen, etwa vierstündigen Verhandlungen wurde dann eine Einigung auf nachstehender Grundlage erzielt:

Es treten in Kraft ab 7. Februar eine Lohnerhöhung von 25 Prozent, ab 1. März von 30 und ab 1. April eine solche von 40 Prozent. Das ergibt umgerechnet auf die bestehenden Stundenlöhne folgendes Resultat:

Alte Löhne	Ab 7. Febr. 25 Proz.	Ab 1. März 30 Proz.	Ab 1. April 40 Proz.
1,60 Mk.	2,00 Mk.	2,08 Mk.	2,24 Mk.
1,80 „	2,25 „	2,34 „	2,52 „
2,00 „	2,50 „	2,60 „	2,80 „
2,20 „	2,75 „	2,86 „	3,08 „
2,50 „	3,13 „	3,25 „	3,50 „

Es wurde ferner vereinbart, daß, wenn die Steigerung der Lebensmittel und der anderen Bedarfsgegenstände weiter anhält, und hieran kann leider wohl nicht gezweifelt werden, daß dann in der Woche vom 19. bis 24. April neue Verhandlungen stattfinden sollen.

Nachdem eine Übereinstimmung auf obiger Grundlage erzielt war, war es eine Selbstverständlichkeit, daß wir erklärten, daß nun die Voraussetzungen zu den Kündigungen nicht mehr gegeben seien und diese daher als nicht ausgesprochen anzusehen sind. Zur Überraschung aller Anwesenden erklärten die Herren Oschmann und Kirnedeck, Hannover, daß sie die Kündigungen nicht zurücknehmen könnten, sondern auf denselben bestehen müßten. Trotz erster Ermahnungen der Unternehmer von diesem Standpunkte abzulassen, erklärten die beiden Herren dann noch folgendes: Daß, wenn die Kündigungen auch nicht erfolgt wären, sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr in der Lage seien, ihre Stellungen aufrecht zu erhalten zu können.

Es wird nun unsere Aufgabe sein, die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit in Hannover mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Die Verhandlungskommission hat zu dem Erreichten ihre Zustimmung gegeben und ist der Überzeugung, daß das Resultat als ein zufriedenstellendes anzusehen ist. Wir verkennen durchaus nicht, daß die rückwirkende Kraft der Bezahlung für die Formstecher eine durchaus erwünschenswerte Notwendigkeit gewesen wäre, aber wir dürfen uns der Einsicht nicht verschließen, daß durch die Eigenartigkeit unseres Gewerbes diese Forderungen auf beinahe unüberwindliche Schwierigkeiten stößt. Von der gesamten Kollegschaft erwarten wir, daß sie das Ergebnis der Verhandlungen unter dem Gesichtswinkel beurteilt, daß sie die ganze wirtschaftliche Lage der Tapetenindustrie in Betracht zieht. Aufgabe aller ist es nun, ihre vornehmste Pflicht darin zu erblicken, daß das nun Erreichte auch überall vollinhaltlich zur Durchführung gebracht wird.

C. Schubart.

Opfer des Krieges.

Tote:

1917.

Kollege **Albert Dankers**, Steindruckere aus Hamburg, geb. am 28. Januar 1896, Mitglied seit 19. April 1914, ist am 15. Januar in Rumänien gefallen.

1918.

Kollege **Ludwig Tamm**, Lithograph, zuletzt in Hamburg, geb. am 10. August 1886 in Lübeck, Mitglied seit 22. November 1908, ist am 23. März in einem Kriegslazarett gestorben.

Kollege **Adam Bartmann**, Steindruckere aus Mainz, geb. am 28. Dezember 1898, Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 11. Mai 1913, ist am 7. April bei Bapaume gefallen.

Kollege **Georg Schirf**, Steindruckere aus Nürnberg, geb. am 9. November 1886, Mitglied seit 6. Februar 1905, fand seinen Tod am 18. April bei Nienkerk.

Kollege **Wili Heller**, Lithograph aus Halberstadt, geb. am 19. April 1892, Mitglied seit 17. April 1910 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 17. Mai 1908) ist im Kriege gefallen. Nähere Angaben sind nicht zu ermitteln.

Kollege **Hermann Raute**, Lithograph, zuletzt in Halberstadt, geb. am 4. Oktbr. 1884 in Braunschweig, Mitglied seit 15. Oktbr. 1904, ist im Kriege als Soldat an der Grippe gestorben. Todestag und Ort ist nicht bekannt.

1919.

Kollege **Bruno Meyer**, Steindruckere, zuletzt in Danzig, geb. am 2. November 1879 in Hamburg, Mitglied seit 18. Juli 1903, ist am 25. Oktober im Garnisonlazarett in Bromberg an Lungenentzündung gestorben, nachdem er erst am 11. Oktober 1919 aus der Gefangenschaft zurückgekehrt war.

Kollege **Heinrich Enders**, Steindruckere aus Nürnberg, geb. am 23. März 1892, Mitglied seit 3. April 1910 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 8. März 1908) ist am 28. Oktober in Nürnberg an Blutvergiftung gestorben, nachdem er vier Jahre andauernd im Felde stand und zwei Wochen vor seinem Tode erst von einjähriger Gefangenschaft zurückgekehrt war.

Tote:

Kollege **Emil Bonin**, Chemigraph aus Berlin, geb. am 25. September 1882, Mitglied seit 28. März 1915, ist am 19. November in englischer Gefangenschaft gestorben.

Kollege **Heinrich Zöllner**, Steindruckere aus Nürnberg, geb. am 10. Februar 1892, Mitglied seit 31. Juli 1910, war seit 10. Aug. 1918 bei Libons vermißt und wurde im November für tot erklärt.

Kollege **Ernst Jahn**, Steindruckere aus Berlin, geb. am 26. Januar 1887, Mitglied seit 1. April 1905, galt seit 9. Juni 1916 als vermißt und wurde am 4. Dezember für tot erklärt.

Kollege **Matthäus Brütting**, Steindruckere aus Nürnberg, geb. am 10. September 1891, Mitglied seit 18. Juli 1909 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 19. April 1908) war im Kriege seit 1915 vermißt und wurde im Dezember 1919 für tot erklärt.

Kollege **Ernst Bergau**, Steindruckere, zuletzt in Hannover, geb. am 20. Mai 1885 in Linden, Mitglied seit 10. Oktober 1904, ist im Kriege gefallen, wann und wo ist nicht bekannt.

Kollege **Karl Erb**, Steindruckere, zuletzt in Lahr i. B., geb. am 3. Januar 1883 in Friesenheim, Mitglied seit 20. Mai 1906, ist im Kriege gefallen. Näheres ist nicht bekannt.

Kollege **Berthold Habich**, Steindruckere, zuletzt in Hamburg, geb. am 27. Mai 1894 in Hannover, Mitglied seit 14. April 1912 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 2. Mai 1909) ist im Kriege gefallen, wann und wo ist nicht zu ermitteln.

Kollege **Karl Hecker**, Steindruckere aus Karlsruhe i. B., geb. am 8. Februar 1883, Mitglied seit 12. Januar 1908, ist im Kriege gefallen, wann und wo ist nicht bekannt.

Kollege **Eugen Henke**, Lithograph, zuletzt in Hannover, geb. am 22. März 1892 in Solingen, Mitglied seit 1. September 1912, ist im Kriege gefallen, wann und wo ist nicht bekannt.

Tote:

Kollege **Wilhelm Kolter**, Steindruckere, zuletzt in Mainz, geb. am 8. Mai 1894 in Weisenau, Mitglied seit 14. September 1913, ist im Kriege gefallen. Näheres ist nicht zu ermitteln.

Kollege **Rudolf Lange**, Steindruckere, zuletzt in Leipzig, geb. am 22. November 1891 in Chemnitz, Mitglied seit 3. April 1910, (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 5. April 1908), ist im Kriege gefallen. Wann und wo ist nicht bekannt.

Kollege **Wilhelm Nitschke**, Steindruckere, zuletzt in Hannover, geb. am 19. August 1884 in Breslau, Mitglied seit 4. Mai 1913, ist im Kriege gefallen. Wann und wo ist nicht bekannt.

Kollege **Wilhelm Panitz**, Steindruckere, zuletzt in Hannover, geb. am 10. Mai 1883 in Linden, Mitglied seit 1. April 1901, ist im Kriege gefallen. Näheres ist nicht bekannt.

Kollege **Josef Radwetz**, Hilfsarbeiter aus Mainz, geb. am 6. Februar 1880, Mitglied seit 21. April 1901, ist im Kriege gefallen. Wann und wo ist nicht bekannt.

Kollege **Ernst Scheidweiler**, Steindruckere aus Karlsruhe i. B., geb. am 9. Juni 1884, Mitglied seit 14. Juli 1901, ist im Kriege gefallen. Wann und wo ist nicht zu ermitteln.

Kollege **Lorenz Weyer**, Steindruckere aus Mainz, geb. am 17. August 1890 in Bretzenheim b. Mainz, Mitglied seit 12. April 1908, ist im Kriege gefallen. Näheres ist nicht bekannt.

Kollege **Heinrich Wolf**, Lithograph, zuletzt in Dresden, geb. am 15. August 1886 in Linden b. Hannover, Mitglied seit 1. April 1906, ist im Kriege gefallen. Wann und wo ist nicht bekannt.

Ehre ihrem Andenken!

**1 Flachdruckmaschinenmeister
1 Offsetmaschinenmeister**

bewährte, tüchtige Kräfte suchen zu möglichst sofortigem Antritt

**Kunst- und Verlagsanstalt
Wezel & Naumann, A.-G., Zeitz.**

Wir suchen zum möglichst sofortigen Antritt einige durchaus sicher und flottarbeitende

Strich- und Auto-Ätzer

sowie einen routinierten

Metall-Retuscheur.

Nur Arbeitskräfte, die Vorzügliches leisten, können auf angenehme und dauernde Stellung rechnen.

Kunstanstalt Böhme & Co., G. m. b. H., Magdeburg.

**Tüchtiger
Radierungsdrucker**
gesucht.

**Heinrich Wetteroth, Kunst-
Kupferdruckerei**
München, Schellingstraße 39.

Mehrere tüchtige
Messingstecher
sowie ein jüngerer

Aufzeichner
werden durch den Arbeitsnachweis gesucht.
C. Schubart, Berlin-Lichtenberg,
Rittergutstraße 24.

**Tüchtige
Maschinenretuschere**
finden dauernde Beschäftigung bei
**ADOLF MÜLLER, Chemigraph, Kunst-
anstalt, GOPPINGEN (Württbg.).**

Klischeemonteur
sofort gesucht
Wilh. Heuschen, Düsseldorf,
Bilker-Strasse 35.

Durch den Arbeitsnachweis suchen
20-30 Messingstecher.
Südhannoversche Druckwalzen-Fabrik,
G. m. b. H., Alleinig. Inhaber Aug. Raabe,
Einbeck in Hannover, Rosental 1.

ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätze, Auswaschtinktur, Neuschleifen gebrauchter Platten.
Zinkdruckverfahren. Anleitung und Auskunft kostenlos.
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50
Fernruf: Moritzplatz 12289.

„Betromit“ Schnelltrocknenmittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- u. Aluminiumplatten.

„Enoldin“ — Druckpaste — speziell für schlecht zuverdrückende Farben und Papiere.

„Enol“ — Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck.

„Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.

empfehl
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

**Tüchtige
Kupferdrucker**

für farbig u. Radierung (Klein-Graphik)
Anfangslohn Mk. 200.—, sucht

LINDNER, Berlin,
Hollmannstraße 22.

Verschiedenes

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstattausbildung.
Auskünfte durch die
Kunstgewerbeschule **Barmen**

**Arbeiter!
Angestellte!**

Jeder muß genau Bescheid wissen über das wichtige neue Gesetz über die

Betriebsräte!

Billig, übersichtlich, praktisch, volkstümlich ist das

Betriebsräte-Sonderheft
der **Auskunft-Kartei d. Arbeiterrechts**

Bei sofortiger Vorausbestellung Vorzugspreis M. 3.50 zuzügl. Porto und Nachnahmegebühr. Volksverlag für Politik und Verkehr, Stuttgart, Pfisterstr. 36/2.

